

<b>Städtische Deputation für Kultur</b>			
19. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2015-2019			
<b>Protokoll der 4. Sitzung am 02.02.2016</b>			
Sitzungstag: Dienstag	Sitzungsbeginn: 14:36 Uhr	Sitzungsende: 17:28 Uhr	Sitzungsort: Wall-Saal, Stadtbibliothek, Am Wall 201, 28195 Bremen

Teilnehmer/innen siehe anliegende Anwesenheitsliste.

### **Tagesordnung:**

TOP 1:	Genehmigung der Tagesordnung	
TOP 2:	Kenntnisnahme des Protokolls der letzten Sitzung	
TOP 3:	Positionspapier der Institutionen für zeitgenössische Kunst	Vorlage 24
TOP 4:	Vorstellung des neuen Konzepts der Schwankhalle	
TOP 5:	Vorstellung des Kindermuseums	
TOP 6:	Bericht zum Focke-Museum	Vorlage 25
TOP 7:	Sachstandsbericht Gedenkort für Laye-Alama Condé	Vorlage 26
TOP 8:	Verschiedenes a) Aktuelles aus der Kulturszene b) Mdl. Bericht zum Bremer Kriminaltheater c) Mdl. Bericht zum Thema „Bremer Kultur- und Medien-schaffende im Stadtbild“	

Die Sprecherin der städtischen Deputation für Kultur, Frau Strunge, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

#### **TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung**

Die Deputation für Kultur stimmt der Tagesordnung zu.

#### **TOP 2: Kenntnisnahme des Protokolls der letzten Sitzung**

Die Deputation für Kultur genehmigt das Protokoll der Sitzung vom 15.12.2015.

#### **TOP 3: Positionspapier der Institutionen für zeitgenössische Kunst**

Frau Strunge erläutert, dass acht Institutionen für zeitgenössische Kunst im Juni 2015 ein Positionspapier für zeitgenössische Kunst in Bremen vorgelegt haben. Mit der aktuellen Vorlage für die Deputation habe das Kulturressort eine Kommentierung zu dem Positionspapier vorgenommen. Sie weist darauf hin, dass es laut Presseberichten Kritik der Einrichtungen an der Deputationsvorlage des Ressorts gegeben hat.

Frau Staatsrätin Emigholz erläutert, dass das Papier der Institutionen aus dem Runden Tisch Weserburg entstanden sei. Dort sei die Idee entstanden, ein Papier zu entwickeln, in dem die Institutionen ihre Profile beschreiben. Sie weist darauf hin, dass das Kulturressort sich dafür ausgesprochen habe, die Vorstellung des Positionspapiers von der Diskussion über die Weserburg zu trennen. Frau Staatsrätin Emigholz erinnert daran, dass das Kulturressort in der letzten Sitzung der Deputation gebeten worden sei, eine Einschätzung zu dem Positionspapier abzugeben. In diesem Zusammenhang sei die Kommentierung des Positionspapiers zu sehen. Sie nimmt Bezug auf die Kritik an der Vorlage und erläutert, dass Deputationsvorlagen grundsätzlich nach dem Schema „Problem, Lösung, finanzielle Auswirkungen, Beschlussvorschlag“ aufgebaut seien. Frau Staatsrätin Emigholz betont, dass es dem Kulturressort fernliege, die Stellungnahme der Institutionen als Grundlage für eine Argumentation in Bezug auf Veränderungen der Weserburg zu nutzen. Sie schlägt vor, dass das Kulturressort zu einem Arbeitsgespräch einlädt. Frau Staatsrätin Emigholz kündigt an, dass das Kulturressort ein Leitlinienpapier erarbeiten wird, das der Deputation zur Beschlussfassung vorgelegt wird.

Herr Frey betont, dass die Vorlage einen Einstieg in die Diskussion mit den Einrichtungen darstellen soll. Er weist darauf hin, dass die Vorlage aus einer Kommentierung eines Papiers, das von den Institutionen erarbeitet wurde, bestehe. Mit der Vorlage wolle das Kulturressort das Papier der Institutionen nicht instrumentalisieren, sondern die fachliche Perspektive des Ressorts in die Diskussion einbringen.

Frau PD Dr. Greve weist darauf hin, dass sie sich in der Kommentierung des Papiers auf ihr Fachgebiet, die Museen, beschränkt habe. Sie interessiere hier besonders die Positionierung der Kunsthalle, der Weserburg und des Studienzentrums für Künstlerpublikationen. Frau PD Dr. Greve erläutert, dass sie im ersten Punkt das Gesamtgefüge charakterisiert habe. Dabei sei sie zu der Einschätzung gekommen, dass Bremen über eine vielfältige Szene für zeitgenössische Kunst verfüge. Unter dem zweiten Punkt habe sie sich auf die Weserburg fokussiert, um eine Einschätzung des Kulturressorts zu dem Papier der Institutionen mit Blick auf die Weserburg zu formulieren. Dazu habe sie das Zukunftskonzept der Weserburg mit dem Papier der Institutionen abgeglichen. Dabei sei sie zu dem Schluss gekommen, dass die Zukunftsidee der Weserburg sehr gut zu den Überlegungen aus dem Papier der Institutionen passe, dabei aber Schwerpunktsetzungen sinnvoll seien und die Arbeitsteilung zwischen Kunsthalle und Weserburg geklärt werden müsse, um die Profile gegeneinander abzugrenzen. Sie sei außerdem kurz auf andere Museen im Bundesvergleich eingegangen, um deutlich zu machen, wie aus Sicht des Kulturressorts mit der vorgesehenen Fläche auch gearbeitet werden könnte. Frau PD Dr. Greve erläutert, dass für die Zukunft anstehe, zwischen den Einrichtungen im Detail zu klären, wer mit welchen Themen arbeite und welche Formate und Methoden bearbeitet werden. Wichtig sei aus ihrer Sicht auch, eine Differenzierung zwischen Material und Methode vorzunehmen. Sie weist darauf hin, dass diese Frage zwischen den Akteuren diskutiert werden müsse. Das Kulturressort werde in diesem Prozess nur eine beratende Rolle einnehmen. Frau PD Dr. Greve erklärt, dass sie aus fachlicher Perspektive die Chance sehe, über die Präsentation von zeitgenössischer Kunst neu nachzudenken. Sie verweist auf das Symposium „Grenzen des Wachstums“, bei dem um die Zukunft der Kunstmuseen ging und erklärt, dass Bremen die Möglichkeit habe, in dieser Diskussion die Führerschaft zu übernehmen.

Frau Strunge bittet Herrn Dr. Hartog als Vertreter der Institutionen zu erläutern, was die Intention des Briefes an die Kulturbehörde und die Deputierten war.

Herr Dr. Hartog erläutert, dass das Papier gemeinsam von den verschiedenen Akteuren der Institutionen der zeitgenössischen Kunst geschrieben wurde. Es sei ihnen darum gegangen, die Vielfalt der Institutionen im Bereich der zeitgenössischen Kunst darzustellen.

Beim Lesen der Vorlage von Frau PD Dr. Greve sei ihnen aufgefallen, dass diese sich überwiegend nur auf einen kleinen Teil des Papiers beziehe. Als Vertreter der Institutionen wolle er die Deputierten zum einen darum bitten, das gesamte Papier zu lesen und zum anderen darum bitten, das Papier nicht für die Debatte über die Weserburg zu nutzen. Er weist darauf hin, dass das Museum Weserburg seiner Meinung nach nicht ohne weiteres mit den Museen in Nürnberg oder Herford verglichen werden könne.

Herr Rohmeyer erläutert, dass er das Papier der Institutionen als gemeinsame Positionierung der Institutionen verstanden habe. Aus seiner Sicht sei es eine wichtige Grundlage. Er weist darauf hin, dass in der Vorlage eine Aussage zu den kulturpolitischen Auswirkungen für die Rahmenbedingungen in finanzieller Hinsicht und für die inhaltliche Ausrichtung fehle, die auch über den Haushaltszeitraum von zwei Jahren hinausgehe. Fraglich sei z. B. was dies haushaltspolitisch für den Vergleich mit der Gerhard Marcks Stiftung, die Zukunft der Weserburg oder den Stellenwert der Gesellschaft für Aktuelle Kunst bedeute. Er bittet darum, dass das Kulturressort der Deputation über die allgemeine Kommentierung hinaus aufzeigt, wie die Perspektive für dieses Jahrzehnt und über den Jahrzehntwechsel hinaus aussieht.

Frau Dr. Kappert-Gonther betont, dass das Papier der Institutionen aus ihrer Sicht eine Reihe von Stärken habe. Unter anderem würden die unterzeichnenden Institutionen deutlich machen, welchen Stellenwert ihrer Meinung nach zeitgenössische Kunst in Bremen haben sollte. Des Weiteren werde aus dem Papier deutlich, dass die Institutionen ihre Positionen gemeinsam vertreten. Aus Sicht der Grünen sollte das Papier als erster Schritt verstanden werden. Jetzt müsse man überlegen, wie man es gemeinsam schaffen kann, dass die Rolle der zeitgenössischen Kunst in Bremen noch stärker wird als sie bisher ist. Dazu müsse es einen gemeinsamen Diskurs geben und zwar unter den Institutionen, aber auch mit der Deputation und der Kulturbehörde. Es müsse überlegt werden, wie man den Prozess so gestalten könne, dass einerseits die Institutionen, die zeitgenössische Kunst erfahrbar machen, aber auch die ca. 600 Bildenden Künstler in der Stadt beteiligt werden. Sie wünsche sich, dass die Vorlage des Ressorts nicht als Einengung verstanden wird, sondern als Ansatz zur Stärkung der zeitgenössischen Kunst in Bremen.

Frau Strunge erklärt, dass sie die Kommentierung des Ressorts in einigen Punkten sehr kritisch sehe. Zum einen beziehe sie sich auf die Ausführungen in der Vorlage, inwieweit die Kunsthalle Arbeiten der Weserburg übernehmen soll. Ihr sei nicht klar, warum hier im Rahmen einer Kommentierung eine Art Vorfestlegung in dieser Frage erfolge. Nach ihrer Ansicht sei dies eine Frage, zu der es eine Einigung zwischen Kunsthalle und Weserburg geben muss. Ein weiterer Punkt sei, ob überhaupt mit der Weserburg im Vorfeld darüber gesprochen wurde, ob sie zu den in der Vorlage genannten Themen Migration, Genforschung und Armut arbeiten möchte. Ihrer Meinung nach sei es fraglich, ob die Überlegungen hierzu von der Behörde geleitet sein sollten und nicht vielmehr in den Bereich der künstlerischen Freiheit der Weserburg gehören. Negativ aufgefallen seien ihr auch die Ausführungen zur vorgesehenen Flächenreduzierung. Angesichts der Tatsache, dass es bisher keinen Beschluss der Deputation zu einer Reduzierung der Flächen gebe, sei es kritisch zu sehen, dass in der Vorlage der Eindruck erweckt wird, die Flächenreduzierung sei gesetzt. Frau Strunge betont, dass sie auch den Vergleich mit den Museen in Nürnberg oder Herford sehr kritisch sehe. So hätten die genannten Museen deutlich mehr Mittel zur Verfügung als die Weserburg. Da der Vergleich insbesondere auf die Besucherzahlen abzielt, wolle sie darauf hinweisen, dass aus dem Controllingbericht für das 3. Quartal 2015 hervorgeht, dass die Weserburg ihre Besucherzahlen für das 3. Quartal erheblich übertreffen konnte.

Herr Gottschalk betont, dass er das Papier der Institutionen in doppelter Hinsicht erfreulich finde. Zum einen, weil es sich um eine gute Darstellung der unterschiedlichen Einrichtun-

gen, ihres Angebotes, ihres Selbstverständnisses und ihrer Zielsetzungen handle. Zum anderen sei es positiv, dass die Einrichtungen ihre Positionen gemeinsam darstellen. Jetzt müssten die Beteiligten in einen Diskurs einsteigen, wie die Perspektive für zeitgenössische Kunst in Bremen aussehe. Bezugnehmend auf die Kritik der Einrichtungen an der Vorlage erläutert er, dass die Vorlage tatsächlich so missverstanden werden konnte, als handle es sich bei der Kommentierung um eine Zusammenfassung von Positionen. Dann wäre die Besorgnis, dass man instrumentalisiert worden sei, sicherlich berechtigt. Nach seiner Auffassung sei aber in der Diskussion klar geworden, dass es um eine Kommentierung ging. Zu dem inhaltlichen Vorwurf weist er darauf hin, dass z. B. die Fragen zur Zukunft der Weserburg noch längst nicht ausdiskutiert sind und der weitere Diskussionsprozess auch notwendig ist. Herr Gottschalk merkt kritisch an, dass in dem Papier davon ausgegangen wird, dass die Präsentation der zurzeit in der Weserburg gezeigten Sammlungen zum Fluxus, zur Minimal Art und zur Conceptual Art eine Aufgabe sei, die beibehalten werden müsse. Da es sich bei der Weserburg um ein Sammlermuseum handle, sei nicht sicher, wie lange diese Sammlungen an der Weserburg verbleiben. Er halte die starke Verortung der Identität der Weserburg in der Präsentation dieses Abschnitts von Kunstgeschichte für problematisch.

Herr Drechsel äußert sich überrascht darüber, dass 2/3 der Redezeit der Fraktionssprecher darauf verwendet werden, die Weserburg zu positionieren, obwohl es heute um das Positionspapier der Institutionen für zeitgenössische Kunst gehe und die Weserburg nur eine von 8 Einrichtungen sei. Er wolle dafür sensibilisieren, dass es um die Vielfalt zeitgenössischer Kunst in Bremen gehe und man ein Gesamtprodukt zeitgenössische Kunst entwickeln wolle. Jeder der Akteure, die das Positionspapier unterzeichnet habe, müsse dazu seinen Betrag leisten. Er verweist auf die Vorlage der Behörde, in der ausgeführt wird, dass das Positionspapier einen ersten Schritt darstelle. In der Tat müsse es der erste Schritt sein, dass die Institutionen sich zueinander positionieren und darstellen, worin sie sich von den anderen unterscheiden und was ihre Besonderheiten sind. Der viel wesentlichere Schritt sei aber, wie die von den Institutionen formulierte Absicht erreicht werden kann. Herr Drechsel bittet die Kulturbehörde, dass über die Entwicklung der Leitlinien ein Weg gefunden wird, dass die acht Institutionen gemeinsam das im Positionspapier formulierte Ziel auch erreichen. Er wolle verhindern, dass der Prozess von Beginn an in eine Schieflage gerät, weil man sich zu sehr auf eine der Einrichtungen konzentriert. In diesem Prozess müsse die Behörde eine ganz wichtige Rolle spielen.

Herr Dr. Hodonyi weist darauf hin, dass die Institutionen in dem Papier ein politisches Bekenntnis für die Gegenwartskunst fordern. Zur Frage nach dem weiteren Vorgehen schlägt er vor, dass gemeinsam mit den Akteuren und der Kulturbehörde über die Rolle der Gegenwartskunst in Bremen diskutiert wird. Dabei sollte es nicht nur um die institutionell geförderten Einrichtungen gehen, sondern auch um die Galerien und die Bildenden Künstler, um die Kunst und die Künstlerförderung miteinander zu verzahnen. Er wünsche sich, dass von der heutigen Sitzung ein Signal ausgehe, dass die Deputation die Forderung nach dem politischen Bekenntnis ernst nimmt.

Frau de Vries weist darauf hin, dass das Papier der Institutionen den Untertitel „Eine Einführung“ habe und demzufolge keine Absichtserklärung, sondern eine Beschreibung des Ist-Zustands sei.

Frau Staatsrätin Emigholz erklärt, dass sie die Diskussion und die geäußerten Vorschläge als ausgesprochen konstruktiv empfunden habe. Dies zeige, dass beide Papiere ihr Ziel erreicht hätten. Sie betont, dass die Frage sei, ob man bei der Betrachtung von zeitgenössischer Kunst die Projekte und die Arbeitsweise auf ganz wenige Einrichtungen konzentriert oder die Vielfalt dieser breit aufgestellten Szene zur Grundlage nimmt, um diese

in ihrer Besonderheit zu schützen bzw. zu fördern. Die Grundprämisse des Kulturressorts sei es, die Vielfalt der Szene zu erhalten.

Frau Strunge erklärt im Namen der Deputation für Kultur, dass es erfreulich sei, dass die Institutionen ein gemeinsames Positionspapier vorgelegt haben.

Die Deputation für Kultur nimmt den Bericht zur Kenntnis.

#### **TOP 4: Vorstellung des neuen Konzepts der Schwankhalle**

Frau Strunge begrüßt Frau Dr. Husemann und Frau Hewelt und erteilt ihnen das Wort.

Frau Dr. Husemann berichtet, dass sie und Frau Hewelt vor fünf Monaten die Leitung der Schwankhalle übernommen haben. Die Schwankhalle sei eine Spiel- und Produktionsstätte für freie darstellende Künste mit zwei Bühnen, zwei Proberäumen und einem Radiostudio. Trägerverein sei der aus 20 Personen bestehende Verein Neugier e.V., der gleichzeitig Betreiber und Veranstalter sei. Der Trägerverein werde im Rahmen eines fünfjährigen Kontrakts vom Senator für Kultur mit 755.800 Euro jährlich institutionell gefördert. In der Zielvereinbarung zwischen Senator für Kultur und dem Trägerverein sei festgehalten, dass die Schwankhalle Impulse für die Entwicklung der freien Szene setzen, eine Plattform für verschiedene Sparten bieten, interdisziplinäre und experimentelle Formate kreieren, sich mit gesellschaftlich relevanten Themen auseinandersetzen und transnationale Austausch- und Lernprozesse unterstützen soll. Der Verein steptext dance project e.V. sei als eigenständiger Veranstalter und als Tanzkompanie am Hause assoziiert. Steptext erhalte vom Senator für Kultur ebenfalls eine institutionelle Förderung in Höhe von knapp 200.000 Euro. Frau Dr. Husemann erläutert, dass die Schwankhalle ein Haus sei, das von Programmkuratoren mit wechselnden Gruppen gefüllt wird. Diese Gruppen würden Gastspiele zeigen, am Haus Produktionen entwickeln oder Recherche betreiben. Die Programmschwerpunkte würden im Bereich Tanz und neuerdings auch in den Bereichen Performance und Neue Musik liegen. Momentan sei das Gastspiel „Das Paplament“ an der Schwankhalle zu sehen. Frau Dr. Husemann weist darauf hin, dass sie inhaltlich eine Neuorientierung vorgenommen und das Programm auf postdramatische Theaterformen zugespitzt habe. Es handele sich dabei überwiegend um Produktionen, die Gesellschaft in irgendeiner Form kritisch beschreiben. Ein Schwerpunkt solle auch die Auseinandersetzung über Formen und Inhalte von Theater werden. Außerdem werde versucht, den Bereich der Produktions- und Künstlerförderung auszubauen. Dies soll in erster Linie durch ein bis sechswöchige Residenzen am Haus geschehen. Die Schwankhalle versuche, sich sehr eng mit allen Hochschulen und Universitäten der Stadt, aber auch mit anderen Einrichtungen wie dem Frauen.Kultur.Labor zu vernetzen und sei Teil eines internationalen Koproduktions-Netzwerkes. Die Schwankhalle arbeite auch mit dem Bereich Kulturwissenschaften der Universität Hildesheim und dem Bereich Theaterwissenschaften der Universität Gießen zusammen. Frau Hewelt und sie hätten einige Veränderungen im Betrieb der Schwankhalle vorgenommen. Es gebe jetzt mehr Angestellte und weniger Freiberufler und Azubis. Einige Stellen in den Bereichen der Leitung, der Technik und der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit seien im Volumen aufgestockt worden. Die Gehälter seien wenigstens annähernd an Tarifentgelte und Berufserfahrungen angepasst worden. Außerdem seien die Honorare für die Künstler an bundesweite Mindeststandards angepasst worden. Eine weitere Maßnahme sei die Änderung der Eintrittspreise gewesen. Das bisherige offene Preissystem sei abgeschafft und durch feste Preise ersetzt worden. Frau Dr. Husemann weist darauf hin, dass die Schwankhalle ihre Öffentlichkeitsarbeit verändert habe und in diesem Rahmen jetzt eine deutsch- und englisch-sprachige Website habe und in den sozialen Medien aktiv sei. Aufgrund der teilweise schlechten Auslastung sei ein Schwerpunkt sei im

Bereich audience development gesetzt worden. So sollen Studierende, nicht deutschsprachige Bürgerinnen und Bürger sowie diverse lokale Communities für das Haus interessiert werden. Außerdem seien neue Vermittlungsformate eingeführt worden. Ein Monitoring im Dezember 2015 habe ergeben, dass knapp 90 % der Besucher die Schwankhalle weiterempfehlen würden, 85 % der Besucher das gesehene Programm gut bis sehr gut fanden und 30 % der Zuschauer vorher noch nicht in der Schwankhalle waren. Frau Dr. Husemann berichtete, dass Neugier e.V. nur einen kleinen Anteil des erforderlichen Budgets selbst erwirtschaften kann und in erheblichem Maße von Drittmitteln abhängig sei. Der kulturfachliche Aufwand sei für 2016 mit 240.000 Euro geplant bei einer Zielzahl von 240 Veranstaltungen. In den letzten Jahren sei die Zielzahl angesichts der für Veranstaltungen zur Verfügung stehenden Mittel um ca. ein Drittel unterschritten worden. Für dieses und die kommenden Jahre ergebe sich ein Mehrbedarf in Höhe von rund 65.000 Euro. Sie bittet die Deputation im Zuge der Verlängerung des Kontrakts um eine Aufstockung der Förderung um 50.000 Euro pro Jahr. Damit könnten die Zielzahl von 240 Veranstaltungen erreicht werden. Frau Dr. Husemann weist darauf hin, dass auch investive Mittel nötig wären, um die veraltete EDV sowie die Bühnentechnik instand zu setzen. Des Weiteren fehlten geeignete Lagerräume.

Herr Bolayela erklärt, dass die Schwankhalle unter der neuen Leitung viele Impulse setze und auch zusammen mit steptext eine Bereicherung für die Kulturszene in Bremen sei. Er fragt, welche Rolle lokale Künstler in der Schwankhalle spielen. Außerdem fragt Herr Bolayela, wie viele Personen in der Schwankhalle arbeiten. Des Weiteren bittet er um Auskunft, wie Schülerinnen und Schüler bzw. Migrantinnen und Migranten für die Schwankhalle gewonnen werden sollen.

Herr Rohmeyer nimmt Bezug auf die Ende 2015 ausgelaufene Vereinbarung zur Zusammenarbeit zwischen Neugier e.V. und steptext dance projekt e.V. und fragt nach dem Sachstand der Verständigung.

Frau Strunge erklärt, dass es ein tolles Ergebnis sei, dass 90 % der Zuschauer die Schwankhalle weiterempfehlen würden. Dies sei ein Zeichen dafür, dass die Schwankhalle auf dem richtigen Weg ist. Sie betont, dass es sehr bedauerlich sei, dass das offene Preissystem abgeschafft wurde, weil dies aus ihrer Sicht eine Vorreiter-Idee in Bremen war. Nach ihrer Kenntnis habe es keine Anzeichen dafür gegeben, dass es durch das offene Preissystem zu einer Minderung der Eintrittserlöse gekommen sei. Es sei aber anzuerkennen, dass bei der Neugestaltung der Eintrittspreise soziale Kriterien berücksichtigt wurden, so dass weiterhin allen Bevölkerungsgruppen der Zugang zur Schwankhalle möglich ist. Frau Strunge fragt, was aus dem Kompromiss zwischen steptext dance projekt e.V. und Neugier e.V. geworden sei.

Frau Dr. Kappert-Gonther fragt, ob bei der Zusammenarbeit der Schwankhalle mit den Universitäten Hildesheim und Gießen auch junge Schauspielerinnen und Schauspieler aus Bremen einbezogen werden. Dies könnte ein Weg sein, um junge Schauspielerinnen und Schauspieler aus Bremen mit innovativen Theater-Konzepten vertraut zu machen. Sie bittet außerdem um Erläuterung zum Sachstand bei der Zusammenarbeit zwischen Schwankhalle und steptext.

Herr Dr. Hodonyi erläutert, dass im Landesmedienrat über die Zukunft des Bürgerfunks diskutiert wird und fragt vor diesem Hintergrund, wie das Radiostudio der Schwankhalle genutzt wird.

Herr Drechsel fragt Frau Dr. Husemann und Frau Hewelt, welche Veränderungen sie bei den Zielvereinbarungen bzw. den darin vereinbarten Kennzahlen vornehmen wollen würden, um ihrer Strategie gerecht zu werden.

Zu den Fragen zur Zusammenarbeit zwischen Schwankhalle und steptext erläutert Frau Dr. Husemann, dass die beiden Beteiligten mit einer externen Mediatorin und der Behörde Gespräche an einem Vertrag zwischen steptext dance project e.V. und Neugier e.V. gearbeitet hätten, um die Koexistenz beider Vereine an der Schwankhalle zu regeln. Dies betreffe die Nutzung der Saal-Tage, den Verbleib der Einnahmen aus den Veranstaltungen, die Nutzung der Infrastruktur und des Personals. Hierzu gebe es einen Entwurf. Problematisch sei, dass die darin enthaltenen Regelungen einen Mehrbedarf von 200.000 Euro bedeuten würden, von dem ein großer Anteil auf steptext dance project e.V. entfällt. Frau Dr. Husemann weist darauf hin, dass in inhaltlich-kulturfachlicher Hinsicht eine sehr gute Kooperation zwischen steptext und Schwankhalle bestehe.

Frau Hewelt nimmt Bezug auf die Frage zu den lokalen Gruppen und erläutert, dass die Schwankhalle lokalen Gruppen die Räume zur Verfügung stellt und die Sachkosten übernimmt. Alles, was darüber hinausgehe, müssten die Gruppen selbst beitragen bzw. finanzieren. Die Schwankhalle würde diesen Gruppen gern zusätzlich einen Koproduktionsbeitrag geben. Dieser liege normalerweise zwischen 2.500 und 5.000 Euro. Darüber hinaus sei die Schwankhalle in einigen Fällen in der Lage gewesen, einen 70/30-Deal anbieten, d.h. die Gruppen bekommen 70 % der Einnahmen der Vorstellungen. Hier strebe die Schwankhalle an, den Gruppen ein adäquates Honorar zahlen zu können. Frau Dr. Husemann ergänzt, dass die Schwankhalle mit vielen verschiedenen lokalen Künstlern zusammenarbeite. In den letzten Monaten seien dies z. B. Magali Sander Fett, Tina Havers, Thermoboy FK, Gefährliche Liebschaften oder Christoph Ogiermann gewesen. Dabei habe sich herausgestellt, dass es einen großen Bedarf gebe, dramaturgische Begleitung zu leisten. Sie betont, dass sie gern regelmäßig lokale Künstler an der Schwankhalle hätte, aber dass diese immer wieder Probleme hätten, die Produktionen ausreichend zu finanzieren. Für Gruppen von außerhalb sei dies einfacher, weil sie weitere Fördertöpfe nutzen könnten.

Zur Frage nach der Zusammenarbeit mit den Universitäten Hildesheim und Gießen erläutert Frau Dr. Husemann, dass die Schwankhalle genauso eng wie mit den Universitäten Hildesheim und Gießen auch mit der Hochschule für Künste zusammenarbeite. Im Sommer werde beispielsweise die Schwankhalle zum Campus umfunktioniert. Dazu würden auch Absolventen der Hochschule für Künste eingeladen, um gemeinsam mit den Nachwuchskünstlern von außerhalb an einem noch festzulegenden Projekt zu arbeiten.

Zum Personal erläutert Frau Hewelt, dass die Schwankhalle zurzeit 16 festangestellte Beschäftigte habe, davon vier mit voller Stundenzahl, vier mit 3/4 des Beschäftigungsvolumens, zwei mit der Hälfte des Beschäftigungsvolumens, vier Auszubildende und zwei Minijobber. Zusätzlich würden drei Honorarkräfte beschäftigt.

Zur Frage nach dem Radiostudio erläutert Frau Dr. Husemann, dass dieses zurzeit nicht genutzt werde. Das Radiostudio werde voraussichtlich erst wieder genutzt werden können, wenn Drittmittel für entsprechende Projekte eingeworben werden.

Bezüglich des Preissystems berichtet Frau Dr. Husemann, dass die Einnahmen nach der Umgestaltung des Preissystems in etwa gleich geblieben seien. Sie weist darauf hin, dass die Schwankhalle immer wieder Sonderpreise gewähre, z. B. Gruppenrabatte. Wichtig sei aus ihrer Sicht, dass über das Preissystem zum Ausdruck gebracht werde, dass die erbrachte künstlerische Leistung einen bestimmten Wert habe.

Zur Frage von Schülerinnen und Schülern als Zielgruppe erläutert Frau Dr. Husemann, dass es ein Programm gebe, das sich an die Oberstufen richte. Dabei werden einzelne Schülerinnen und Schüler in Produktionen eingebunden.

Bezüglich der Zielvereinbarungen erklärt Frau Dr. Husemann, dass ihre Vorstellung sei, dass die institutionelle Förderung etwas erhöht und das jetzige Ist der Veranstaltungen (die Zielzahl von 240 Veranstaltungen wird um 1/3 unterschritten) als Ziel festgeschrieben wird.

Frau Staatsrätin Emigholz erläutert bezüglich der Zusammenarbeit zwischen Schwankhalle und steptext, dass steptext inzwischen zu einem festen Bestandteil der Bremer Kulturszene geworden sei. Zu den genannten Mehrbedarfen schlägt sie vor, dass man sich auf Arbeitsebene auf ein Ergebnis verständigt, das in die Haushaltsberatungen eingebracht werden kann.

Die Deputation für Kultur nimmt den Bericht zur Kenntnis.

### **TOP 5: Vorstellung des Kindermuseums**

Frau Strunge begrüßt Frau Vonrüti Moeller und Frau Rosenthal und erteilt ihnen das Wort.

Frau Vonrüti Moeller erläutert, dass sie gemeinsam mit Frau Rosenthal 2004 den Verein Kek Kindermuseum für Bremen e.V. gegründet habe. Sie würden als Projektleiterinnen die gesamte anfallende Arbeit allein leisten, d.h. die Geldakquise, die Entwicklung und Durchführung der Projekte, die Öffentlichkeitsarbeit, Aufbau von Kooperationen mit den Bremer Museen, den Bremer Philharmonikern und der Hochschule für Künste sowie im Bereich der Lehrerfortbildung mit dem Landesinstitut für Schule. Sie berichtet, dass die Ausstellungen des Kindermuseums seit 2008 in der Weserburg stattfinden. Dies sei für das Kindermuseum sehr hilfreich, da das Team der Weserburg sie beim Aufbau der Ausstellungen unterstütze und die Führungen vom Sekretariat der Weserburg organisiert werden. Die Mitmachausstellungen des Kindermuseums würden auf der Kindermuseumspädagogik beruhen. Diese umfasse vier Säulen: Mitmachstationen oder Hands-on-Objekte, in die Ausstellung integrierte Werkstätten, Partizipation von Schülerinnen und Schülern bei der Ausstellungsvorbereitung und der Besucher in der Ausstellung sowie die Gestaltung von Ruhebereichen. Ein Alleinstellungsmerkmal sei, dass die Ausstellungen immer nur für eine Schulklasse gebucht werden. Dadurch sei eine Betreuung in Kleingruppen möglich. Diese Arbeitsweise führe dazu, dass besonders Schulen aus Brennpunkten oder auch Inklusionsklassen gern in das Kindermuseum kommen. Seit 2004 habe das Kindermuseum jährlich eine Ausstellung realisiert. Für die 2015/2016 gezeigte Ausstellung „Gestatten, ich bin dein Schatten!“ erwarte sie ca. 6.000 Besucher. Seit 2007 nutze das Kindermuseum die gebauten Exponate, um Schulprojektwochen zu gestalten. Seit 2011 werden außerdem Projekte für die Bremer Schuloffensive durchgeführt. Des Weiteren findet seit Sommer 2014 an der Oberschule Ronzelenstraße eine inklusive Malgruppe statt. Frau Vonrüti Moeller erläutert, dass sich die Ausgaben des Kindermuseums aus verschiedenen Positionen zusammensetzen: Die Tätigkeit der Projektleiterinnen werde pro Person mit 6.000 Euro im Jahr vergütet. Außerdem fallen pro Jahr 12.000 Euro Erstattung für die Weserburg bezüglich Raum und Infrastruktur an sowie 6.000 Euro für Werbung, Öffentlichkeitsarbeit und Verwaltungskosten, 10.000 Euro für die Ausstellungsbetreuung und 20.000 bis 30.000 Euro für Herstellung und Aufbau der Ausstellung. Insgesamt seien dies 60.000 bis 70.000 Euro Ausgaben pro Jahr. Abzüglich der Einnahmen ergebe sich eine Deckungslücke von 30.000 Euro pro Jahr. Sie weist darauf hin, dass das Kindermuseum bis zum Jahr 2015 Mittel von der st art Jugend Kunst Stiftung erhalten habe. Seit 2015 habe das Kindermuseum keine Mittel mehr von der st art Jugend Kunst Stiftung erhalten, was sehr problematisch sei. Frau Vonrüti Moeller bittet darum, dass das Kindermuseum zukünftig mit öffentlichen Mitteln gefördert wird, um Planungssicherheit für die Arbeit des Kindermuseums zu gewährleisten.

Frau Rosenthal betont, dass das Kindermuseum ein Museum der Zukunft sei. Das Kindermuseum vermittele Gegenwartskunst für Kinder. Andere Einrichtungen würden Gegenwartskunst nur an Oberstufenklassen vermitteln, dabei verhielten sich jüngere Kinder überwiegend offen, unvoreingenommen und ausgesprochen interessiert gegenüber zeitgenössischer Kunst. Die Vermittlungsansätze des Kindermuseums würden den Kindern helfen, sich und die Welt besser zu verstehen. Außerdem biete das Kindermuseum kulturelle Teilhabe für alle. Das Kindermuseum trage dazu bei, bildungsferne Gruppen in die kulturelle Bildung einzubinden. Des Weiteren biete das Kindermuseum vielfältige Kooperationsformate an. Das Kindermuseum führe Projektwochen an Schulen durch, organisiere Kooperationsprojekte im Rahmen der Schuloffensive und arbeite bei der Entwicklung von Stationen mit Bremer Künstlern und Musikern zusammen. Ferner werde im Kindermuseum Kunstvermittlung durch künstlerische Praxis geleistet. Der Schwerpunkt in der Vermittlungsarbeit liege im Interaktiven und im praktischen Gestalten. Außerdem biete das Kindermuseum Qualität in der Zuwendung und zeitgemäße Vermittlungsformen. Frau Rosenthal betont, dass Frau Vonrüti Möller und sie einen Traum für das Kindermuseum haben. Dieser sei detailliert in dem ausgeteilten Handout formuliert. Kurz gesagt gehe es darum, dass das Kindermuseum eigene Räume in einem Museum bekommt, um seine Ausstellungen regelmäßig präsentieren zu können und dass Bremen den Kindern ein eigenes Museum widmet und damit überkulturell und überkonfessionell Zeichen für Kinder- und Familienfreundlichkeit setzt.

Herr Rohmeyer bittet das Kulturressort für die nächste oder übernächste Sitzung um einen Bericht zu einem Konzept für kulturelle Bildung unter Beteiligung der Senatorin für Kinder und Bildung. Dabei sollte geprüft werden, ob eine regelmäßige institutionelle Förderung für das Kindermuseum sowie eine Übernahme der Raummiete möglich ist.

Herr Pouplier weist darauf hin, dass sich in Bremen neue Formen von Kultureinrichtungen gebildet haben. Das Kindermuseum sei ein Beispiel dafür, weil es eine neue Art und Weise der Museumsarbeit darstellt. Diese neuen Formen der Kultureinrichtungen seien eine Bereicherung für die Stadt. Herr Pouplier spricht sich dafür aus, dass das Kindermuseum mit öffentlichen Mitteln gefördert wird.

Frau Dr. Kappert-Gonther erklärt, dass sie eine große Anhängerin des Kindermuseums sei. Davon ausgehend, dass Zugang zu zeitgenössischer Kunst sowohl für die Persönlichkeitsentwicklung als auch für die Auseinandersetzung mit der Umwelt eine wichtige Rolle spielt, sei es notwendig, dass Kindern in Bremen frühzeitig ein Zugang zu zeitgenössischer Kunst ermöglicht wird. Sie wünsche sich, dass in den Haushaltsberatungen sichergestellt wird, dass das Kindermuseum zukünftig eine institutionelle Förderung erhält. Außerdem sollte politisch unterstützt werden, dass es einen verbindlichen Raum für das Kindermuseum gibt. Sie fragt, oder die derzeitige Dauer der Ausstellungen aus Sicht des Kindermuseums ausreichend sei bzw. welche Zielrichtung das Kindermuseum für die Dauer der Ausstellungen habe.

Frau Strunge erklärt, dass sie davon beeindruckt sei, wie im Kindermuseum Kunst und Pädagogik miteinander verbunden werden. Sie weist darauf hin, dass eine moderate Preispolitik wichtig sei, damit die Kinder mit ihren Familien erneut die Ausstellung besuchen könnten. Dadurch würden auch Erwachsene die Weserburg besuchen, die normalerweise nicht in das Museum gehen würden. Frau Strunge betont, dass es hochproblematisch sei, dass das Kindermuseum in der letzten Zeit keine öffentliche Förderung erhalten hat. Sie schließe sich der Forderung von Frau Dr. Kappert-Gonther, dass das Kindermuseum eine institutionelle Förderung erhalten soll, an. Frau Strunge dankt der Weserburg für die Bereitstellung der Räumlichkeiten für das Kindermuseum. Sie erläutert, dass nach ihrem Kenntnisstand das Kindermuseum nur für einige Monate im Jahr in der Weserburg sei und in der restlichen Zeit Projekte in den Schulen durchführen würde und fragt, ob dies

den Wünschen des Kindermuseums entspreche oder ob sie eher das ganze Jahr an einem festen Ort arbeiten wollen.

Herr Gottschalk erklärt für die SPD-Fraktion, dass sie die Arbeit des Kindermuseums sehr schätzen und dass es eine Bereicherung für Bremen sei, dass im Kindermuseum der Zugang für Kinder zu zeitgenössischer Kunst ermöglicht werde.

Frau Rosenthal nimmt Bezug auf die Frage zum Zeitraum der Ausstellungen und erläutert, dass das Kindermuseum die Dauer der Ausstellungen gern verlängern würde, aber nur soweit, dass die Projekte in den Schulen weiterhin durchgeführt werden können.

Die Deputation für Kultur nimmt den Bericht zur Kenntnis.

## **TOP 6: Bericht zum Focke-Museum**

Frau Strunge bittet Frau PD Dr. Greve um Erläuterung der Vorlage.

Frau PD Dr. Greve erläutert, dass es im Focke-Museum 2014 eine Umsteuerung hinsichtlich einer geplanten Sonderausstellung gegeben habe und dass in der Folge gegen veraltete Planwerte berichtet werden musste. Sie betont, dass das Focke-Museum sehr verantwortlich mit den zur Verfügung stehenden Mitteln umgegangen sei. Der Vorstand des Museums habe überlegt, wie man nach der sanierungsbedingten Schließung des Haupthauses wieder Besucher für das Museum gewinnen kann und habe dazu verschiedene Maßnahmen entwickelt.

Frau Strunge begrüßt Frau Dr. von der Haar und erteilt ihr das Wort.

Frau Dr. von der Haar berichtet, dass in 2013 der damalige Stadthistoriker des Focke-Museums in Rente gegangen sei und daher personelle Kapazitäten bei der Planung und Erstellung von Sonderausstellungen fehlten. Darüber hinaus habe sich in der letzten Zeit gezeigt, dass mögliche Drittmittelgeber wie Stiftungen und Organisationen nur sehr kurzfristige Förderzusagen machen könnten. Daher habe das Focke-Museum entschieden, die geplante große Sonderausstellung „High Tech Romans“ nicht zu realisieren und stattdessen Ausstellungen mit kleineren Budgets zu zeigen. Die nach diesem Stand angepassten Besucherzahlen habe das Museum dann übererfüllt.

Herr Drechsel nimmt Bezug auf die Ausführungen in der Vorlage, wonach der weitere Besucherrückgang durch kurzfristige Maßnahmen verhindert werden konnte und fragt, welche kurzfristigen Maßnahmen dies waren. Er fragt außerdem, wann der Deputation über die Planungen zur Erneuerung der Dauerausstellung berichtet wird.

Frau Dr. Kappert-Gonther weist darauf hin, dass die energetische Sanierung Einsparungen von 80.000 Euro gebracht habe und erklärt, dass dies ein gutes Beispiel für die Nachhaltigkeit derartiger Maßnahmen sei.

Herr Rohmeyer fragt, inwieweit das Focke-Museum von der Marketingaktivitäten der Wirtschaftsförderung profitiere, ob das Focke-Museum in den Publikationen des Kulturmarketing vorkomme und ob sich das Focke-Museum wünschen würde, dass die Marketingaktivitäten für das Museum erhöht würden. Er fragt außerdem, wie viele Besucher im Jahr die Mühle Oberneuland auf Anfrage besuchen, wie die Zusammenarbeit mit den Schulen laufe und welcher Verbesserungsbedarf gegebenenfalls bestehe.

Herr Bolayela fragt, wann das Konzept für die neue Dauerausstellung vorgelegt wird.

Herr Dr. Hodonyi nimmt Bezug auf die Ausführungen in der Vorlage, wonach das von Schulen besonders gefragte Thema Nationalsozialismus ungenügend in der Dauerausstel-

lung repräsentiert ist und fragt, wie jetzt sichergestellt wird, dass gerade dieses Thema deutlicher herausgearbeitet wird.

Frau Strunge fragt, welche Überlegungen es gibt, Angebote zu schaffen, damit die von den Schulen fragten Themen stärker in den Vordergrund rücken.

Zu der Frage nach den kurzfristigen Maßnahmen erläutert Frau Dr. von der Haar, dass nach dem altersbedingten Ausscheiden des Mitarbeiters, der für Stadtgeschichte und Museumspädagogik zuständig war, überlegt wurde, wie diese Aufgaben aufgefangen werden könnten. Durch interne Umstrukturierungen sei es möglich geworden, eine halbe Stelle für Museumspädagogik zu schaffen und eine Volontärsstelle zu besetzen. Der Volontär habe kurzfristig eine nicht eingeplante kleine Sonderausstellung realisiert, wodurch das Focke-Museum zusätzliche Besucher gewinnen konnte. Die Schaffung der halben Stelle im Bereich Bildung und Vermittlung habe dem Focke-Museum ermöglicht, die Zusammenarbeit mit den Schulen deutlich auszubauen.

Bezüglich der Planungen zur Erneuerung der Dauerausstellung erläutert Frau Dr. von der Haar, dass diese Planungen in 2015 dem Kulturressort vorgelegt wurden.

Zu der Frage nach den Aktivitäten der Wirtschaftsförderung berichtet Frau Dr. von der Haar, dass das Focke-Museum für die Realisierung von Sonderausstellungen immer wieder Förderungen der Wirtschaftsförderung erhalte. Natürlich wäre es wünschenswert, mehr in den Medien präsent zu sein.

Bezüglich der Mühle erläutert Frau Dr. von der Haar, dass die Mühle überwiegend von Grundschulklassen und kaum von sonstigen Besuchern aufgesucht werde. Den Schulen sei die Ausstellung in der Mühle seit vielen Jahren bekannt, so dass der Besuch in der Mühle in vielen Schulen zum Programm gehöre.

Zu der Frage nach der Behandlung des Themas Nationalsozialismus in der Dauerausstellung erläutert Frau Dr. von der Haar, dass die neue Mitarbeiterin für Museumspädagogik ein Programm zu diesem Thema entwickelt habe, das auch über die Schuloffensive angeboten werde.

Frau Staatsrätin Emigholz berichtet zur Erneuerung der Dauerausstellung, dass der Vorstand des Museums mit dem Freundeskreis des Museums und dem Kulturressort ein Zukunftskonzept für eine neue Dauerausstellung entwickelt habe. Zurzeit werde die Realisierbarkeit geprüft. Es gebe ein Angebot für eine private Beteiligung an diesem Projekt, das auch geprüft werden müsse. Sie dankt Frau Dr. von der Haar und Herr Kölle für ihre Arbeit.

Die Deputation für Kultur nimmt den Bericht zur Kenntnis.

## **TOP 7: Sachstandsbericht für Laye-Alama Condé**

Frau Strunge erläutert, dass sie aufgrund der Zeitungsberichte im Januar 2016 um einen Bericht gebeten hatte, wie der weitere Planungsprozess für den Gedenkort sein würde. Sie sei sehr zufrieden mit dem Bericht, weil darin klar dargestellt ist, welche behördlichen Schritte ablaufen müssen, damit das Ziel eines Gedenkortes weiter verfolgt werden kann. Die inhaltliche Diskussion über das Thema müsse zu einem anderen Zeitpunkt erfolgen. Sie fragt, wann über der Projektmittelausschuss über die für 2016 eingereichten Projekte entscheiden wird.

Frau Staatsrätin Emigholz erläutert, dass hierzu zunächst der neue Zeitplan für die Haushaltsaufstellung abgewartet werden muss.

Her Bolayela wirft die Frage auf, welche Botschaft mit der Schaffung eines solchen Gedenkortes vermittelt werden würde. Erforderlich seien nach seiner Auffassung eine wissenschaftliche Untersuchung des Vorgangs und eine Entschädigung für die Familie von Laye-Alama Condé.

Frau Strunge betont, dass der Vorgang auf dieser Sitzung eigentlich nicht inhaltlich diskutiert werden sollte. Trotzdem müsse sie angesichts der Ausführungen von Herrn Bolayela darauf hinweisen, dass es um einen Gedenkort für ein Opfer staatlicher Gewalt gehe.

Herr Dr. Hodonyi berichtet, dass sich die Fraktion der Grünen im Ortsbeirat Mitte für eine schnelle Entscheidung einsetzen werde.

Herr Drechsel fragt, ob der Ortsbeirat Mitte und der Landesbeirat für Kunst im öffentlichen Raum nicht nur über den Standort, sondern auch grundsätzlich über die Maßnahme entscheiden.

Frau Staatsrätin Emigholz bestätigt dies.

Herr Rohmeyer fragt, ob die Deputation für Kultur ohne Beteiligung der Deputation für Bau öffentlichen Raum vergeben könne.

Frau Pfister erläutert, dass die Entscheidung der Beiräte Mitte bzw. Östliche Vorstadt voraussetze, dass sie sich vorher mit den entsprechenden Fachbehörden verständigen. Danach befasse sich die für Kunst im öffentlichen Raum zuständige Deputation, die Deputation für Kultur, mit dem Vorgang.

Frau Staatsrätin Emigholz ergänzt, dass diese Frage am Ende politisch entschieden werden müsse und daher zuletzt die Deputation befasst werde. Es stehe natürlich jedem Deputierten frei, sich bei einer solch wichtigen Entscheidung mit den Mitgliedern der Deputation für Bau zu beraten.

Die Deputation für Kultur nimmt den Bericht zur Kenntnis.

## **TOP 8: Verschiedenes**

### **a. Aktuelles aus der Kulturszene**

Es sind keine Themen angemeldet worden.

### **b. Mdl. Bericht zum Bremer Kriminaltheater**

Frau Staatsrätin Emigholz erläutert, dass das Kulturressort das Bremer Kriminaltheater bei der Suche nach Räumlichkeiten unterstütze. Die Schwierigkeit bestehe darin, dass für Theaterbetriebe nicht jede Räumlichkeit geeignet sei.

Herr Rohmeyer bittet darum, dass das Kulturressort über den weiteren Fortgang berichtet. Nach seiner Auffassung schließe das Bremer Kriminaltheater eine Lücke in der Theaterlandschaft Bremens und sei ein wichtiger Bestandteil der Kulturszene.

Frau Staatsrätin Emigholz sagt einen entsprechenden Bericht zu.

### **c. Mdl. Bericht zum Thema „Bremer Kultur- und Medienscaffende im Stadtbild“**

Frau Staatsrätin Emigholz schlägt vor, dass der Sprechzettel dem Protokoll beigefügt wird.

Herr Rohmeyer erklärt sich mit dem Vorgehen einverstanden.

**d. sonstiges**

Herr Dr. Hodonyi bittet das Kulturressort um einen Bericht zur Personalsituation der Volkshochschule.

Herr Bolayela bittet darum, dass sich das Kulturbüro Bremen-Nord in einer der nächsten Sitzungen der Deputation vorstellt.

Herr Drechsel bittet darum, dass die Deputierten das Protokoll zukünftig frühzeitiger erhalten.

Frau Staatsrätin Emigholz erklärt, dass sich das Kulturressort darum bemühe. Solange die Deputierten solch ausführliche Protokolle möchten, könne sie dies aber nicht zusagen.

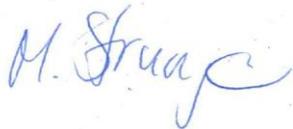
Herr Rohmeyer erinnert daran, dass in der letzten Sitzung darüber diskutiert wurde, dass die Geschäftsordnung der Deputation für Kultur nicht von den Geschäftsordnungen der anderen Deputationen abweichen sollte und fragt nach dem Sachstand der Überprüfung und Angleichung.

Frau Staatsrätin Emigholz erläutert, dass es noch keine entsprechende Vorlage aus der Bürgerschaftsverwaltung bzw. dem Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss gebe.

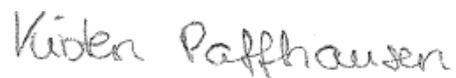
Herr Rohmeyer bittet darum, dass zukünftig eine zeitliche Begrenzung für die Sitzungen der Deputation für Kultur vereinbart wird.

Frau Strunge bittet darum, dass sich steptext dance project e.V. in einer der nächsten Sitzungen vorstellt.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, Frau Strunge beendet damit die Sitzung der städtischen Deputation für Kultur.



Sprecherin



Protokollführerin

**Anlagen:**

Sprechzettel zum Bremer Kriminaltheater

Sprechzettel zum Thema „Bremer Kultur- und Medienschaaffende im Stadtbild“

# Teilnehmerliste

Städtische Deputation für Kultur

19. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft 2015 - 2019

Ort:  
Wall-Saal  
Stadtbibliothek

am:  
02. Februar 2016

von: 14:36 bis: 17:28

Teilnehmer	Unterschrift*)	Teilnahme von – bis **)
Senator Dr. Carsten Sieling		
Staatsrätin Carmen Emigholz	<i>Carmen Emigholz</i>	
Elombo Bolayela	<i>Bolayela Leo</i>	
Jens Crueger	<i>Jens Crueger</i>	
Ulf-Brün Drechsel	<i>Ulf-Brün Drechsel</i>	
Björn Fecker	<i>Björn Fecker</i>	
Susanne Grobien	<i>S. Grobien</i>	
Dr. Robert Hodonyi	<i>R. Hodonyi</i>	
Martin Michalik	<i>Martin Michalik</i>	
Dieter Reinken	<i>Dieter Reinken</i>	
Claas Rohmeyer	<i>Claas Rohmeyer</i>	
Sükrü Senkal	<i>i.V. A. J. Senkal</i>	
Miriam Strunze	<i>M. Strunze</i>	

\*) Vertreter/in bitte den Namen in Druckschrift vermerken und mit „i.V.“ unterschreiben.

\*\*\*) nur ausfüllen, wenn nicht an der gesamten Sitzung teilgenommen wurde.

Deputation für Kultur (städtisch)

Anwesenheitsliste  
Sitzung am 02.02.2016

19. Legislatur-Periode

Vertreter des Senators für Kultur

Name	Name	Name
Thomas Frey	Kirten Paffhausen	
Kindscher	Dr. Anna Greve	
Ch. Albrecht	Rose Pfister	
H. Stalder		

Vertreter anderer Behörden

Behörde	Name

Sachverständige, Gäste

Organisation	Name
Maugier e.V.	Frau Dr. Husemann / Frau Hewelt
Volk-Kindermuseum für Bremen e.V.	Frau Vorrath Keller / Frau Rosenthal
Farbe-Museum	Frau Dr. von der Haar
StadtKultur e.V.	Herr Pouplier

## Vorbereitung für Depu am 02.02.2016

## Bremer Kriminaltheater (bkt)

## Sprechzettel SV K

1.)

an **SVK**über  
**10****Berichtsbitte von Herrn Rohmeier für die Städtische Kulturdeputation**

*Welche Kenntnis hat der Senator für Kultur darüber, dass das Bremer Kriminaltheater die Kündigung seitens des Vermieters erhalten hat?*

Nachdem das bkt den SFK über die bevorstehende Kündigung in Kenntnis gesetzt hatte, wurde unverzüglich ein Gespräch am 13.01.2016 mit H zur Erörterung des Sachverhaltes durchgeführt.

Nach Aussage des bkt beabsichtigen die Eigentümer der Immobilie, in der sich das Theater als Mieter befindet, den Gebäudekomplex abzureißen und dort Wohnungen zu errichten.

Die Kündigung wurde zum 30.06.2016 ausgesprochen; von Seiten des Vermieters wurde aber signalisiert, dass dem Theater möglicherweise ein Verbleib bis 31.12.2016 ermöglicht wird.

*Inwieweit stand bzw. steht der Senator für Kultur mit dem BKT bezüglich neuer Räumlichkeiten im Kontakt und welche konkreten Unterstützungsmaßnahmen und Vorschläge wurden angeboten?*

Das Referat für Theater, Tanz und Musik wurde beauftragt bei der Suche nach einem neuen Standort behilflich zu sein.

Zu diesem Zweck wurde eine Raumbedarfs- und Ausstattungsbeschreibung vom bkt angefordert, auf deren Grundlage anschließend Gespräche mit Immobilien Bremen, Wirtschaftsförderungsgesellschaft Bremen und privaten Anbietern geführt wurden und werden.

*Welchen Stellenwert misst der Senator für Kultur dem Bremer Kriminaltheater als Teil der örtlichen Kulturszene bei und wie bewertet er vor diesem Hintergrund eine mögliche Einstellung?*

Das Bremer Kriminal Theater befindet sich mit seiner Spezialisierung programmatisch und inhaltlich oberhalb des in anderen Privattheatern Bremens angebotenen Boulevardniveaus. Es schließt damit zum Teil eine Angebotslücke zwischen reinen Boulevardtheatern und den städtischen geförderten Theatern.

Als Unternehmen und Produktionsstätte bietet das bkt mit seinem Programm der ansässigen freischaffenden Schauspielszene als auch den mit ihnen verbundenen Berufsgruppen Arbeits- und Erwerbsmöglichkeiten, die mit dazu dienen können, deren Verbleib in Bremen zu sichern.

Eine Schließung des bkt hat somit strukturelle Auswirkungen, deren Eintritt der SFK bedauern würde. Das Ziel der Moderation durch den SFK ist nach Möglichkeit der Erhalt der Spielstätte. Die rechtliche Form des bkt als Privattheater/Privatunternehmen transferiert die Unterstützungsmöglichkeiten allerdings hauptsächlich in den Bereich der Wirtschaftsförderung.

01.02.2016

## **Sprechzettel für die Sitzung der Deputation für Kultur am 2. Februar 2016 Bremer Kultur- und Medienschaffende im Stadtbild**

### **1. Problem:**

Herr Rohmeyer bittet für die Kulturdeputation um einen weiteren Bericht, der nachfolgende Fragen beantworten soll.

- Welche Möglichkeiten sieht der Senator für Kultur, im Senat und mit Einbeziehung der Beiräte darauf hinzuwirken, verstorbene Kultur- und Medienschaffende, die in Bremen geboren wurden, gelebt oder gewirkt haben mit einer Benennung einer Straße oder eines Platzes zu würdigen?
- Während für beispielsweise Vicco von Bülow / Loriot oder Kurt Hübner eine solche Benennung erfolgte, ist seit dem Tode von Hans Joachim Kulenkampff, Rudi Carell oder James Last bislang keine Benennung erfolgt. Inwieweit existieren diesbezüglich Pläne und wie ist der Sachstand?
- Welche weiteren Möglichkeiten sieht der Senat, um ehemalige bedeutende Kultur- und Medienschaffende Bremens zu würdigen? Welche Persönlichkeiten sind nach Auffassung des Senators für Kultur hierbei zu berücksichtigen?

### **2. Lösung:**

Die Entscheidung über die Benennung von Straßen und Plätzen ist in Bremen klar geregelt. Sie obliegt nach dem Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter den Ortsbeiräten. Diese haben das Entscheidungsrecht:

- Der Ortsbeirat führt einen entsprechenden Beiratsbeschluss herbei.
- Dieser wird im Bauressort und geprüft.
- Das Staatsarchiv nimmt die historische, zeitgeschichtliche und biografische Einordnung der zu Ehrenden vor.
- Der Antrag wird in der Baudeputation verhandelt und an den Senat weitergeleitet.
- Der Senat beschließt.

Der Senator für Kultur begrüßt und unterstützt grundsätzlich Initiativen aus den Beiräten und engagierter Bürgerinnen und Bürger, bedeutende zeitgenössische verstorbene Kultur- und Medienschaffende, die in Bremen gelebt bzw. gewirkt haben, mit der Benennung einer Straße oder eines Platzes zu würdigen, indem er die Initiativen fachlich unterstützt und die Ideen mit in die Ortsbeiräte hineinträgt. So konnten unter Mitwirkung des Senators für Kultur z.B. in den letzten Jahren der Theatermacher Peter Zadek ( Platz am Buntentorsteinweg ) entsprechend geehrt werden.

Dem Senator für Kultur sind bisher keine Pläne bekannt, Hans Joachim Kulenkampff, Rudi Carell oder James Last durch Straßenbenennung zu würdigen.

Der Senator für Kultur begrüßt und unterstützt Vorhaben, die die Bedeutung verstorbener zeitgenössischer Kulturschaffender Bremens würdigen, ihre zeitgeschichtliche Bedeutung herausarbeiten und in der Öffentlichkeit präsentieren. Eine Personenliste liegt bisher nicht vor.